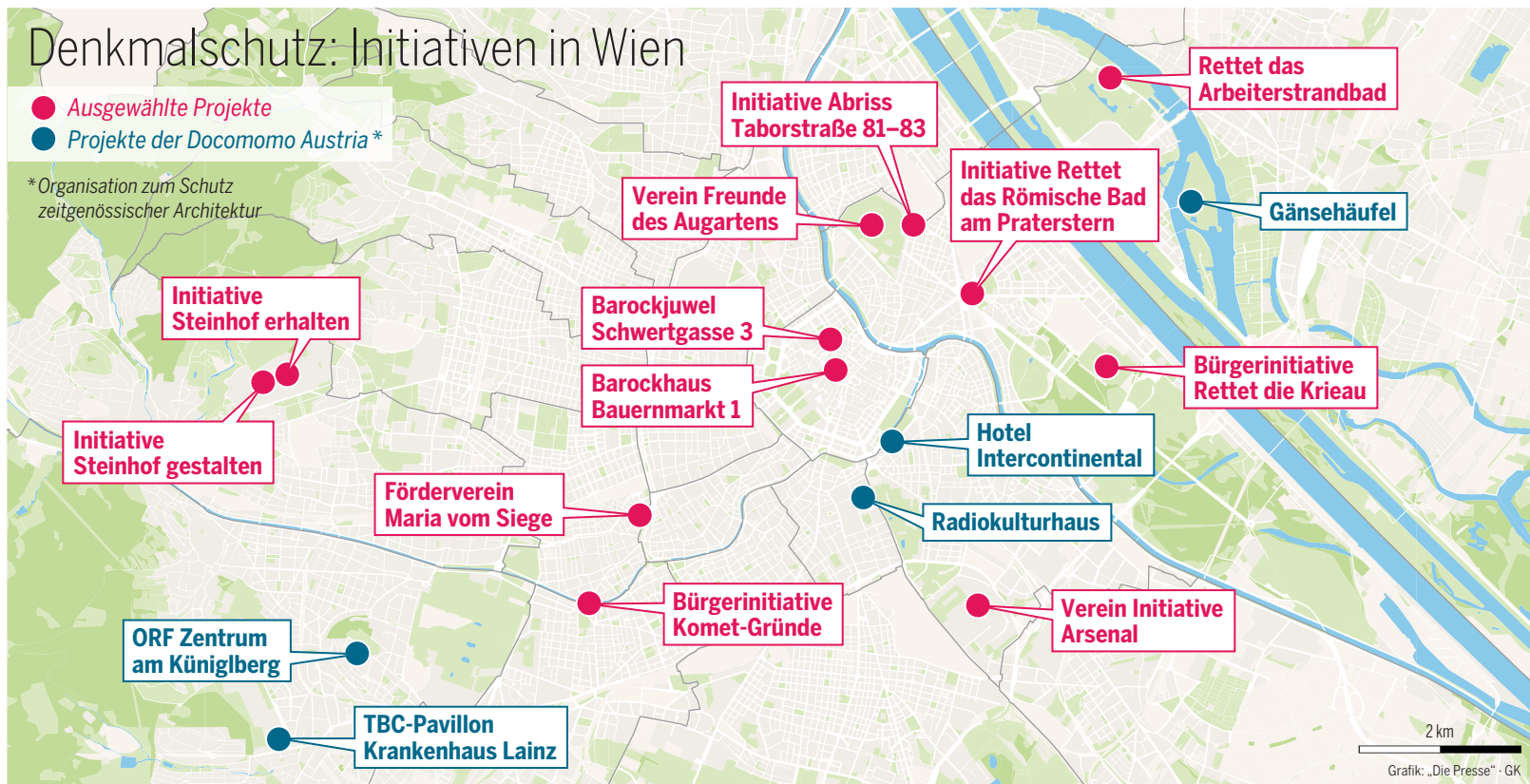


# Denkmalschutz: Initiativen in Wien

● *Ausgewählte Projekte*

● *Projekte der Docomomo Austria\**

\*Organisation zum Schutz zeitgenössischer Architektur



**Kulturerbe.** 37 Bürgerinitiativen kämpfen vereint für die „Boten der Vergangenheit“. Sie fordern von Kulturminister Josef Ostermayer einen Plan für den Erhalt historischer Bauten.

## Masterplan für Österreichs Altbauten

VON ANNA THALHAMMER

Wien. 37 Bürgerinitiativen haben ein gemeinsames Ziel: Das österreichische Kulturerbe muss geschützt werden. Derzeit gibt es in Österreich um die 35.000 Gebäude, die unter Denkmalschutz stehen. Weitere 30.000 wurden bereits als schützenswert eingestuft, aber über nur durchschnittlich 220 dieser Objekte wird jährlich der Denkmalschutz verhängt. Für mehr reichen die personellen und finanziellen Ressourcen nicht.

„Wenn man es durchrechnet, dauert es 130 Jahre, bis alle Objekte auch wirklich unter Protektion stehen“, sagt Markus Landerer von der Initiative Denkmalschutz. „Und da reden wir noch nicht von dem, was bis dahin noch dazu kommt.“ Es brauche dringend einen Plan, wie Österreichs historische Bauten schnell gerettet werden können.

Dieser Masterplan wird auch durch eine Petition an Kulturminister Josef Ostermayer eingefordert, die die ÖVP stellvertretend für diese 37 Denkmalschutzinitiativen im Nationalrat eingebracht hat. „Die Unterstützer dieser Petition ersuchen den zuständigen Bundesminister (...) ein Maßnahmenpa-

ket zu erarbeiten, welches sicherstellt, dass unser Kulturerbe einen besseren und umfangreicheren Schutz erfährt“, heißt es im Papier, das nun im Ausschuss behandelt wurde.

Weiters wurde eine Schaffung von „Kulturzonen“ angeregt. Heißt: Es soll in Zukunft möglich sein, ein ganzes Areal unter Denkmalschutz zu stellen – und nicht nur die Gebäude. Als Beispiel dafür wird das Otto-Wagner-Spital angeführt, bei dem genau das nicht der Fall ist. Zwar stehen die einzelnen Pavillons unter Denkmalschutz, die Freiflächen rundherum und teils dazwischen aber nicht. Die Bürgerinitiative fürchtet einen Verbau der sogenannten Steinhofgründe in Penzing. Dazu kommt die ausdrückliche Bitte, Ressourcen freizumachen, um Objekte schneller unter Schutz stellen zu können.

Denn oftmals kommt der Denkmalschutz zu spät. „In den letzten Jahren sind etliche Gebäude abgerissen worden, die entweder in einer Schutzzone waren oder laut Plan in einer solchen hätten stehen sollen“, sagt Landerer. Im Jahr 1996 gab es von der MA 19 eine Studie in Wien, die ausdrücklich eine Ausweitung der Schutzzonen empfahl. In einer solchen hät-

te etwa das sogenannte Hopfhaus in Kagran stehen sollen, das vergangenes Jahr unter viel Protest abgerissen wurde. Dort wird ein moderner, mehrstöckiger Wohnbau errichtet. Ebenso waren die Ortskerne in Floridsdorf und Donaustadt für derartige Zonen vorgesehen – viele alte Häuser stehen heute nicht mehr. Aber nicht nur alte Substanz ist gefährdet. Eine Erweiterung von Schutzzonen wünscht sich auch der Verein Docomomo Austria, der sich für den Erhalt moderner Architektur einsetzt. Auf seiner Liste: Das Hotel Intercontinental im dritten Bezirk, das neu gestaltet und umgebaut werden soll.

### Abriss trotz Schutz

„Leider passiert es aber auch immer wieder, dass Häuser in einer Schutzzone stehen und abgerissen werden“, sagt Landerer und verweist auf die Situation in Neustift am Walde. Dort fielen in den letzten Jahren bereits vier Heurigen-Häuser der Abrissbirne zum Opfer. „Die Politik versprach Aufklärung und scharfes Vorgehen, passiert ist wenig. Das Gesetz schreibt auch keine Sanktionen vor“, kritisiert er. Das nächste Haus, dem ein Abriss in einer Schutzzone blüht, ist das Cottage Türkenwirt neben der Uni-

versität für Bodenkultur beim Türkenschanzpark (Döbling). Es soll durch einen Neubau ersetzt werden, weil sich eine Renovierung wirtschaftlich angeblich nicht mehr lohne.

### „Sonst verlieren wir Erbe“

Ostermayer verwies in seiner Stellungnahme zur Petition vergangene Woche auf die Komplexität des Themas Denkmalschutz. Außer dem Bund seien auch Länder und Gemeinden mit unterschiedlichen Zuständigkeiten, von Naturschutz über Bauordnung bis Flächenwidmung, involviert. Als Hilfsmaßnahmen kommen für ihn steuerliche Begünstigungen bei Investitionen in die Erhaltung von Denkmälern in Frage. Weiters möchte er Rahmenziele für den Denkmalschutz schaffen und verweist auf ein laufendes EU-Programm, das eben das anstrebt.

„Mir ist das noch zu wenig, in der Verfassung ist festgehalten, dass das Kulturerbe zuständig ist und nicht die EU, Gemeinden, Länder oder sonst wer“, sagt Nationalratsabgeordneter Wolfgang Gerstl, der die Petition eingebracht hat. „Es muss jetzt was weitergehen, sonst werden wir unser Kulturerbe für immer verlieren.“